

WESTDEUTSCHER RUNDFUNK

Studio Essen

## „COPYRIGHT“

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne Genehmigung nicht verwendet werden. Insbesondere darf es nicht ganz oder teilweise oder in Auszügen abgeschrieben oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden. Für Rundfunkzwecke darf das Manuskript nur mit Genehmigung des Westdeutschen Rundfunks Köln benutzt werden.

Ruhrsiedlungsverband vor  
der Zerreißprobe

Kleines Forum

mit Finanzminister Prof. Friedrich Halstenberg  
Michael Hainbucher (CDU)  
Ernst Wilczok (SPD)

Von  
ROLF BUTTLER

Bücherei  
des Siedlungsverbandes  
Ruhrkohlenbezirk

XI Nr. 17059a

28. 11. 1975

KVR Bibliothek



0011494 3

Sendung:

21. November 1975 - Forum West

III. WDR-Programm - 18.05 - 18.30 Uhr

Es wird Ansichtssache bleiben, wie man das Ereignis bezeichnen mag, das sich am Mittwochabend in den Königlichen Museen für Kunst und Geschichte hier im "Jubelpark" von Brüssel begab: Absurdes Theater, barocke Komödie oder antikes Satyrspiel.

Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, weltweit gerühmte kommunale Selbstverwaltungskörperschaft, eröffnete nach erfolgreichen Vorstellungen in Rom, Mailand, London, Lyon und Lille, seine Ausstellung "Ruhrgebiet - heute schon Zukunft". Eine Dokumentation dessen, was in den 55 Jahren seit Bestehen des Ruhrsiedlungsverbandes, was durch sein Mitwirken möglich war, was heute schon, gemessen an anderen Ballungs- oder Verdichtungsräumen in der Tat Gestalt gewordene Zukunft ist.

"Wir fiebern den Lösungen entgegen, die sie im Ruhrgebiet erfinden", artikulierten die Sprecher des belgischen Kultusministeriums während der Eröffnungszeremonie, nicht ahnend, wie genau sie damit, ungewollt, den Seelenzustand beschrieben, in dem sich die Gäste von der Ruhr befinden. Denn während der Ruhrsiedlungsverband und die Funktionen, die er erfüllt, mit Recht in Brüssel gefeiert werden, müssen seine Mitarbeiter darum bangen, daß sie von Düsseldorf aus gefeuert werden.

Präziser: Am 10. Dezember, also in knapp drei Wochen, wird der Landtagsausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform hinsichtlich der Frage des Fortbestandes des Siedlungsverbandes eine öffentliche Anhörung durchführen. Für den Ausschuß, und nicht nur für ihn, hat sich die Frage ergeben, ob mit dem Fortfall wesentlicher Planungskompetenzen zum 1. Januar 1976 der Verband aufgelöst werden oder unter Gebiets- und Aufgabenveränderung weiter fortbestehen soll.

Bereits am 10. Mai 1974 hatte der damalige Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei und Chefplaner des Landes, Minister Friedrich Halstenberg, eine ähnliche Alternative anzubieten: Anreicherung der Aufgaben des SVR oder Verlagerung der Regionalplanung auf die Behörde, bei der die Mehrzahl der regionalen Steuerungs- und Leistungsverwaltungsaufgaben liegt. Und diese Mehrzahl liegt mit Landtagsbeschluß vom 12. März 1975 bei den Regierungspräsidenten. Und deshalb kommt die Landesplanung dazu und Bezirksplanungsräte

werden gebildet, die in Zukunft die Gebietsentwicklungspläne aufstellen und beschließen sollen.

Blieb nur noch über Zahl und Grenzen der Regierungsbezirke zu entscheiden, ob es also in Zukunft in Nordrhein-Westfalen wie bisher bei fünf Regierungsbezirken bleibt oder nur noch vier, die Ebene der Mittelinstanz bilden werden.

Doch da begab sich am Montag das Kabinett völlig überraschend seines Rechtes, diese Frage per Erlaß zu regeln, und gab die Aufgabe an den Landtag ab, der darüber noch in dieser Legislaturperiode, also bis 1980, durch Gesetz entscheiden soll.

Dies alles hat, wie man wohl finden darf, eindeutig theatralisches Format. Worüber zu reden sich vor dem Mikrophon hier in Brüssel Minister Friedrich Halstenberg sowie die Vorsitzenden der CDU und der SPD-Fraktion der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Michael Hainbucher, Duisburg und Ernst Wilcok, Bottrop bereitgefunden haben.

Herr Minister, ist das Hearing am 10. Dezember nicht nur noch eine pompöse, verbale Demonstration, mit der aber im Grunde die Auflösung des SVR eingeläutet wird?

Statement Halstenberg:

"Also zuerst möchte ich davon ausgehen, daß, wenn meine Kollegen ein Hearing machen, also etwas fragen wollen, daß sie dann auch die Antworten in ihre Überlegungen ernsthaft einbeziehen wollen. Und zweitens ist natürlich durch den - wenn ich es einmal unfreundlich gegen uns selber sagen darf - Schiebeschluß des Kabinetts eine neue Lage für neue Überlegungen eingetreten."

Eine neue Lage, auch insofern, als der Innenminister 1975 ein anderer ist als 1974. Willi Weyer hat betont, daß die These von der Einheit des Reviers nicht mehr zu halten sei. Sein Nachfolger im Amt, Dr. Burkhard Hirsch, aber sprach am Montag expressis verbis von "der Einheit des Ruhrgebietes von der die Landesplanung auszugehen" habe.

Statement Halstenberg:

"Ja, Herr Weyer hat in diesem Punkte eine feste, und ich würde sagen fast unerschütterliche, Meinung. Herr Hirsch ist dabei, sich zu allen wesentlichen Fragen eine Meinung vom Grunde auf zu machen. Ich halte das insofern für einen Fortschritt bei der Überprüfung dieser Probleme. Und ich will also auch noch ausdrücklich betonen, daß es Herr Hirsch wirklich selbst war, der mit der Landesplanung gemeinsam die Einheit des Reviers in dieser Beschlußformulierung deutlich herausgestellt hat. Warum sollen daraus nicht die Schlüsse gezogen werden?"

Die Frage ist: Welche?

Statement Wilcok:

"Wer die Planungseinheit Ruhrgebiet postuliert, der hätte die organisierte Landesplanung im Ruhrgebiet nicht beseitigen dürfen. Sie ist oder wird beseitigt zum 1. Januar 76. Ich sehe es als eine schwierige Aufgabe an, jetzt doch noch das Ruhrgebiet als Planungseinheit zu behandeln."

Statement Halstenberg:

"So richtig der Satz ist, daß das Ruhrgebiet eine planerische Einheit ist, so richtig ist aber mindestens auch der Satz, daß die Rhein-Achse eine planerische Einheit ist und wenn wir jetzt eine Karte zur Hand nähmen, dann würden wir geschwind fünf Punkte zeigen können, wo über Planungsgrenzen, alte und neue hinweg, koordiniert werden muß - ich sag einmal: Eine Schicksalsgemeinschaft ist auch dies Land. Und das Land muß eben mit seinen politischen Kräften dafür sorgen, daß an den Rändern von Planungs- und Verwaltungsräumen - die wird es immer geben - die Angleichungs-, Anpassungs- und Koordinationsprozesse gelenkt werden."

Statement Wilcok:

"Eine Zusammenarbeit wird ohnehin unerlässlich sein. Das ist ja gar nicht anders möglich, man muß ja die Dinge, die in Essen gemacht worden sind, überleiten auf die Regierungsbezirke und das geht nicht nur, indem man die Akten per Post nach Münster, Arnsberg oder Düsseldorf schickt. Ich sehe zwar einen Hoffnungs-schimmer, aber auf der anderen Seite sehe ich auch die anderen, die hier in diesem Lande Politik machen. Und da, fürchte ich, daß der Weg zurück zur Planungsgemeinschaft SVR verbaut ist."

Aber ist der SVR, auch ohne Planungskompetenz, nicht ein Instrument von hoher Effizienz und daher von seinen Mitgliedern eigentlich jetzt erst recht zu verteidigen?

Statement Halstenberg:

"Wenn die Landesplanung - wie geschehen - ihm jetzt genommen wird, tritt insofern dieselbe Lage ein, die der Konzeption von 1920 entsprach, denn da gab's noch gar keine Landesplanung. Wenn damals der Aufgabenbestand ohne Landesplanung den SVR rechtfertigte, ist die Frage heute ebenso zu beantworten. Die Entscheidung, ob er aufgelöst werden wird oder bestehen bleibt, beantwortet sich einmal von der Sache her über die wir jetzt reden, zum anderen aber von der eben von ihnen gestellten Frage her, wie stehen die Ruhrgebietskommunen zu ihrem Verbands? Das wäre für mich die ausschlaggebende Frage."

Das hieße also: Die Verantwortung liegt bei den Gemeinden und Kreisen. Von einer Stadt glaubt man mit ziemlicher Sicherheit zu wissen, daß sie gegen den Verband votieren werde: Duisburg. Herrn Hainbucher.

Statement Hainbucher:

"Ich hoffe, daß die Stadt Duisburg keine negative Meinung abgeben wird, es gibt im Augenblick noch keine offizielle Ratsmeinung zum SVR. Aber die Spitzen der Mehrheitsfraktion tendieren dahin, den SVR aufzulösen und Duisburg aus dem Konzert SVR ausscheiden zu lassen. Das ist also inoffizielle Meinung, aber so wie es im Augenblick aussieht, scheinen sich die Meinungen gegen den SVR verfestigt zu haben."

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt ist für die Erhaltung des Verbandes. Und die Fraktion der CDU in der Verbandsversammlung ebenso, nicht anders als die der SPD. Aber die Duisburger SPD - so liest es sich - will den Verband nicht mehr. Frage an Ernst Wilcock, der viele Jahre Oberbürgermeister in Bottrop war: Kann die Meinung der Gemeinden allein ausschlaggebend sein für Sein oder Nichtsein des Verbandes?

Statement Wilcok:

"Nein. Ich gehe nicht davon aus, daß die Meinung der Gemeinden im Ruhrgebiet ausschlaggebend sein soll für die Entscheidung, die in Düsseldorf zu treffen ist. Ich bin der Auffassung, daß man auch von Landesseiten sehen muß, wenn nicht alle Gemeinden mitmachen, daß bestimmte Aufgaben im Ruhrgebiet zusammengefaßt von einer Stelle durchgeführt werden müssen."

Nun ja, als der SVR vor 55 Jahren gegründet wurde, und zwar durch preussisches Gesetz, sind seine Mitglieder, die Gemeinden, nämlich ja auch nicht mit fliegenden Fahnen in die Arme des Verbandes geeilt, sondern es hat schon eines gewissen Druckes bedurft, um sie zu dem zu veranlassen, was sich in der Folgezeit, jedenfalls für die meisten, als hilfreich erwiesen hat.

Statement Wilcok:

"Selbstverständlich. Sie wissen ja, daß Zeiten nach dem Krieg immer besonders geeignet sind, um neue Dinge hinzubringen. Ich bin der Auffassung, daß das heute sehr viel schwerer ist. Wir kennen ja die Tendenzen, die in einigen Bereichen des Ruhrgebietes vorherrschen, da sieht jeder nur sein Umland, das er beherrschen will, als Zentrale. Und er sieht weniger den gesamten Bereich."

Können die Gemeinden in dieser Sache sich wirklich selbst überlassen bleiben?

Statement Halstenberg:

"Ich möchte nicht so verstanden sein, daß wir am Ende zählen wollen, ob alle Gemeinden im Ruhrgebiet mit gleicher Verve für den SVR eingetreten sind. Aber was die Landespolitik zumindest braucht, ist eine positive kommunalpolitische Grundstimmung für den SVR. Wir wären in Düsseldorf ganz schlecht beraten, wenn wir einem Revier, das seinen Verband nicht mehr will, diesen Verband aufnötigen würden. Dann würde er nämlich nicht mehr funktionieren."

Kann es aber nicht Situationen geben, hat es nicht schon Situationen gegeben, in denen Landespolitik aus wohlverstandenen Eigen- oder Gesamtinteressen heraus politische Meinungsbildung zu fördern hat oder hatte, die sich nachher dann als politische Willensbildung vor Ort entsprechender artikuliert?

Statement Halstenberg:

"Eine Bemerkung, halb im Scherze, halb im Ernst, dies wäre ja eine ganz neue Empfehlung für unsere Kooperation. Bisher hat es sich immer so gelesen, daß wir die politische Willensbildung vor Ort besonders hoch zu achten haben, und daß die Landespolitik sich kommunalpolitischer Willensbildung nach Möglichkeit enthalten soll."

Statement Hainbucher:

"Ich darf nur darauf hinweisen, daß bei der kommunalen Neuordnung ja die Basis und die Gemeinden nicht immer gehört worden sind, und daß man trotzdem beschlossen hat. Ich bin der Meinung, wie der Kollege Wilcok, daß man hier vom Gesetzgeber her die Weichen stellen sollte für den Erhalt des SVR insbesondere, weil die Frage der Regierungspräsidenten ja völlig offen ist und es wahrscheinlich im Revier dabei bleiben wird, daß es drei geben wird. Ich meine, gerade deswegen hätte der SVR eine unbedingte neue Möglichkeit und man sollte vom Gesetzgeber her diese Möglichkeit auch entsprechend nutzen. Ich hoffe nicht, daß die Funktionalreform nur eins bringen wird, die Auflösung des SVR. Das wäre das Schlechteste, was uns passieren könnte. Wenn ich also heute höre und wenn auch die Meinungen stimmen, daß man beim Status Quo im Ruhrgebiet bleiben wird, also drei Regierungspräsidenten, dann meine ich, daß der SVR nötiger denn je ist."

Man fragt sich also: Was spricht eigentlich gegen diesen Verband?  
Minister Halstenberg.

Statement:Halstenberg:

"Ich habe mich nie zum Wortführer solcher Argumente gemacht, sondern ich will noch einmal mit einem Satze sagen: Wollen die Gemeinden des Reviers, daß die jetzt vom SVR wahrgenommenen Aufgaben weiter gemeinschaftlich gemacht werden, da muß meines Erachtens die Landespolitik die Möglichkeiten dafür sichern."

Wollen die Gemeinden?

Statement Wilcok:

"Ja. Ich meine, daß, unabhängig von den Stimmen, wie sie etwa in Duisburg aufkommen - ich entnehme sie der Presse, doch die überwiegende Mehrheit der kreisfreien Städte und Kreise im Ruhrgebiet

sich zum Verband bekennen wird. Das sollte man nutzen und ich gehe davon aus, daß der Gesetzgeber daraus auch die Konsequenzen ziehen wird und eine novellierte Verbandsordnung schaffen wird."

Statement Halstenberg:

"Die Korrektur der Verbandsordnung ist meines Erachtens keine rechtliche Notwendigkeit, denn der Verband kann mit der bisherigen Ordnung leben. Die Korrektur, die Revision der Verbandsordnung wäre eine politische Aussage. Wenn man sich entschließen würde, die Verbandsordnung zu revidieren, so wäre dies die langfristige künftige Bestandsgarantie. Um diese Frage geht es also im Grunde. Ich will jetzt nur daran erinnern, wie die Umorganisation der Landesplanung zustande gekommen ist. Sie war, wie Sie wissen, ein Stück des politischen Preises, für die Durchführung der gesamten kommunalen Neuordnung. Es waren also nicht Beurteilungsunterschiede, sondern es waren Prozesse der politischen Meinungsbildung, die inzwischen geschehen sind."

Fazit: Die erfolgreichste kommunale Selbstverwaltungskörperschaft, die wir kennen, und die nach Meinung eines ihrer Mitglieder das Unglück hat, alt und bewährt zu sein, steht damit vor einer doppelten Zerreißprobe. Sie wird einmal bedroht von partikularistischen Interessen mit den penetranten Zügen der Kleinstaaterei des vorigen Jahrhunderts. Zum anderen ist sie - dies sei unterstellt - ungewollt, aber zwangsläufig zur gleichsam anonymen Beiladung eines Paketes geworden, das letzten Endes eine Bonner Adresse trägt.

Kommunale Selbstverwaltung also zwischen den Mühlsteinen landes- und bundespolitischer Positionskämpfe. Solches kann einem widerfahren. Dagegen kann man sich manchmal auch gar nicht wehren. Aber in diesem Fall kann sich diese kommunale Selbstverwaltung behaupten und durchsetzen, wenn sie nur will.

Vielleicht wird diese Willensbildung erleichtert, wenn man in Rathäusern und Landratsämtern erkennt und begreift, daß man mehr oder weniger versehentlich politischer Spielball geworden ist, der ebenso beiläufig ins Aus getreten werden kann.